

Armut und Teilhabe

im kommunalen Kontext

Friedrichshainer Kolloquium
des Instituts Mensch, Ethik und Wissenschaft
zum Thema „Kommunale Teilhabe“
am 19.11.2013 in Berlin

mario.rund@fh-erfurt.de

Fragestellungen

1. Was wird unter Armut verstanden?
2. Welche Bedeutung hat Teilhabe für die Bewältigung von Armut?
3. Wie kann Teilhabe im kommunalen Kontext gefördert werden?

Armutsbegriffe

Absolute Armut

ein bis zwei Dollar pro Kopf pro Tag (lt. Worldbank)

Relative Armut

60 Prozent eines mittleren Einkommens in einer Gesellschaft (nationales Medianeinkommen)

Armutsentwicklung

- Kontinuierliche Zunahme der Armutsgefährdung
- Ungleichentwicklung zwischen Ost und West
- Verfestigung von Armutslagen
- Konzentration von Armut in den Städten

Armutsgefährdung (im urbanen Raum)



© Hans-Böckler-Stiftung

Armutsbetroffene

- „Traditionelle“ Armut:
 - Wohnungslose, Rentner/innen, Menschen mit Behinderungen, Berufs- und Erwerbsunfähige, Langzeitarbeitslose
- Neue Armut:
 - junge Menschen
 - Frauen, insbesondere alleinerziehende Frauen
 - Getrenntlebende, Alleinstehende
 - Geringqualifizierte
 - Geringverdiener/innen
 - Langzeitarbeitslose
 - Unzureichend oder Nicht-Versicherte
 - Migrant/innen
 - Einwohner/innen im neunten Bundesländern
 - Einwohner/innen benachteiligter Stadtquartiere

Strukturelle Armutsursachen

- Umbau sozialer Sicherungssysteme
- Deregulierung des Arbeitsmarkts
- Umverteilung nach oben

ABER AUCH:

- Bildungsbenachteiligung
- Deregulierung des Wohnungsmarktes
- Städtebauliche Vernachlässigung einzelner Stadtquartiere

Erweiterter (relativer) Armutsbegriff

- Personen, Familien und Gruppen gelten als arm, die über so geringe (**materielle, kulturelle und soziale**) **Mittel** verfügen, dass sie von der Lebensweise **ausgeschlossen** sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist. (lt. EU)
- Armut als **Ausschließung** von **Teilhabe** in verschiedenen Lebensbereichen
- Armut als mehrdimensionale **soziale Benachteiligung** bzw. **soziale Ausgrenzung**

Dimensionen sozialer Ausgrenzung

- Ausgrenzung am Arbeitsmarkt
- Ökonomische Ausgrenzung
- Kulturelle Ausgrenzung
- Ausgrenzung durch gesellschaftliche Isolation
- Politisch-institutionelle Ausgrenzung
- Räumliche Ausgrenzung

Kommunale Armutsprävention

- Mehrdimensionalität von prekären Lebenslagen und ihrer Ursachen erfassten
- Veränderungen von örtlichen Bedarfslagen frühzeitig wahrnehmen
- Partizipationsprozesse fördern
 - nicht nur Teilhabegewährung, sondern auch **Teilhabestärkung**
 - verlässliche und gesicherte personelle, infrastrukturelle und materiellen **Grundlagen**
 - vertraute, nahräumig erreichbare und für alle nutzbare **Begegnungsräume**
 - regelmäßig wiederkehrende **Anlässe**
 - qualifiziertes, spezialisiertes und vertrautes **Personal**
 - faire **Mitwirkungs- und Mitsprachechancen**
 - tatsächliche **Entscheidungsmöglichkeiten**
 - sektorenübergreifende **Einbindung**

Integrierte Sozialraumplanung

- ... als Ansatz kommunaler Planung, der ...
 - die Sozialplanung und die Stadtplanung zusammenführt
 - die Dynamik im (sozialen) Raum angemessen in den Blick nimmt
 - auf der Förderung lokaler Partizipationsprozesse basiert
- ... ist eine planerische Grundlage für eine **bedarfsgerechte Sozial- und Stadtentwicklungspolitik**

Modellelemente

Struktur

- Übergeordnete/s „Abt“ „AG“ oder „Amt“ für Sozial(raum)planung

Ebenen

- Planungsebene
- Vernetzungsebene
- Erbringungsebene

Akteure

- Zzügl. Planungsraummanagerinnen und -manager

Plattformen

- Fachplanungskonferenz
- Planungs-/ Sozialraumkonferenz

Kommunikationsstruktur



Planungs-/Sozialraumkonferenzen

Planungsraummanager/innen

Vertreter/innen der Erbringungsinstanzen

Einwohner/innen und Akteure in den Sozialräumen

- Partizipation der Einwohner/innen
- Einbeziehung der Vor-Ort-Akteure in das System der Wissensproduktion
- Beobachtung kleinräumiger Entwicklungen
- Herausstellen von untersuchungsbedürftigen Problemstellungen
- Schaffung „kurzer Wege“ zur Politik
- Information über und Einführung und Umsetzung von Maßnahmen, die durch die Fachplanungskonferenz empfohlen und politisch beschlossen wurden

Planungs-/Sozialraumkonferenzen

- können sein:
 - *Scharnier* zwischen, zivilgesellschaftlichen (inkl. Einwohner/inne/n), sozialwirtschaftlichen, wohnungswirtschaftlichen, planerischen und politischen Akteuren.
 - *Plattform* für Partizipation und Austausch über bestehende oder sich abzeichnende Bedarfe (Vertreter von Einwohner/n/innen, Erbringungsinstanzen, Sozialplanung, Stadtplanung).
 - *Quelle* für die Motivation zur Mitbestimmung und für ergänzende (sozial-)planerisch sowie politisch relevante Informationen.

Fachplanungskonferenzen

Fachplaner/innen

Planungsraummanager/innen

- Austausch über Fragen des Berichtswesens, der Planungsanforderungen und der Datenkoordination
- Klärung von Planungsbedarfen und der Lücken in der Wissensproduktion unter Berücksichtigung des Wissens, das in den Planungsraumkonferenzen bzw. von den Akteuren in den Stadtteilen erzeugt wurde
- Entscheidung für bzw. Erfahrungsaustausch über die Eignung angewandeter Erhebungsinstrumente und Monitorings usw.
- Konzipierung von Maßnahmen, um auf erkannte Bedarfe in den Stadtteilen/Sozialräumen zu reagieren

Chancen

- Mit dem Modell können ...
 - Einwohner/innen höheren **Einfluss** auf die **Gestaltung** der eigenen **Lebensbedingungen** erhalten – über die **Schaffung** dauerhafter und verlässlicher **Teilhabestrukturen** gekoppelt mit der Entwicklung einer lokalen **Partizipationskultur**.
 - das Wissen und die **Handlungspotentiale** verschiedener **Fachplanungen** **zusammengeführt** werden.
 - unterschiedliche **Entwicklungen** und **Bedarflagen** in den städtischen Teilräumen bzw. Sozialräumen genauer und **frühzeitiger abgebildet** werden – um Ausgrenzungsprozesse zu vermeiden.
 - kommunale und sozialwirtschaftliche Angebote sowie städtebauliche Vorhaben eine **höhere Planungssicherheit** erhalten.
 - wesentliche **Grundlagen** für eine **ausgleichende, bedarfsgerechte** und damit **inkludierende Sozial- und Stadtentwicklungspolitik** geschaffen werden.

Weitere Informationen

- Quellen (Auswahl):
 - Hammer, V./Mardorf, S./Lutz, R./Rund, M. (2010), Gemeinsam leben - gemeinsam gestalten. Zugänge und Perspektiven Integrierter Sozialraumplanung. Frankfurt/M./New York.
 - Lutz, R./Nöthling, C./Rund, M. (2009) (Hg.), Integrierte Sozialraumplanung. Vorstellung eines Modells, Oldenburg.
 - Rund, M./Lutz, R. (2009), Integrierte Sozialraumplanung. Kommunale Praxis verändern. In: SOZIALwirtschaft aktuell, H. 02/2009, S. 14–17.
- Kontakt:
 - Mario Rund, Dipl. Soz.-Päd. (mario.rund@fh-erfurt.de)